

9. (außerordentliche) Sitzung

am Freitag, dem 18. November 2011

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 381

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte (KBM) sowie der damit in Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften und Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Verbesserungen in diesem Bereich PUA Krankenhauskeime (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Krankenhauskeime)

Antrag der Fraktion der CDU, des Abgeordneten Timke (BIW), der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. November 2011
(Neufassung der Drucksache 18/122 vom 10. November 2011)
(Drucksache 18/132)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. November 2011

(Drucksache 18/133)

Abg. Röwekamp (CDU) 382
Abg. Tschöpe (SPD) 384
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 386
Abg. Erlanson (DIE LINKE) 389
Abg. Timke (BIW) 392
Abg. Röwekamp (CDU) 392
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) 394
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 395
Abstimmung 396

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bolayela, Hidders, Mustafa Öztürk, Tsartilidis.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Hiller****Vizepräsidentin Schön****Schriftführerin Mahnke**

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung
und für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die neunte – außerordentliche – Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck von heute zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Umsetzung des Prostitutionsgesetzes
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 6. September 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/126)
2. Funktionsfähigkeit der Rechtspflege in Bremen und Bremerhaven sicherstellen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. September 2011
3. Verkehrsunfälle im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 20. September 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/127)
4. Zugang zum Führerschein für Migrantinnen und Migranten
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/128)
5. Wachsende Nachfrage nach Studienplätzen an den Hochschulen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Oktober 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/129)
6. Einsatz von Spionagesoftware in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12. Oktober 2011
D a z u
Antwort des Senats vom 15. November 2011 (Drucksache 18/130)
7. Atomtransporte über bremisches Gebiet
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. November 2011

(B)

8. Anonyme Spurensicherungsmöglichkeit für Opfer sexualisierter Gewaltdelikte
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 2. November 2011
9. Steuerliche Privilegien von Schützenvereinen für das Schießen mit großkalibrigen Waffen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 2. November 2011
10. Schultrojaner
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. November 2011
11. Geldwäsche
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. November 2011
12. Abarbeitung von Geldstrafen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. November 2011
13. Stiftungen im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. November 2011

(C)

Für die Aussprache über den Antrag der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Timke zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte, KBM, sowie der damit in Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften und Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Verbesserungen in diesem Bereich ist interfraktionell für den jeweils ersten Redner je Fraktion eine verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten vereinbart, danach bis zu zweimal bis zu fünf Minuten.

(D)

In dieser Aussprache erhält als erster Redner der Vertreter der Fraktion der CDU das Wort, danach der Vertreter der Fraktion der SPD, dann der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und schließlich der Vertreter der Fraktion DIE LINKE.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe?

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(A) **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Umstände der Infektionswelle und Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte, KBM, sowie der damit in Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften und Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Verbesserungen in diesem Bereich (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Krankenhauskeime)**

Antrag der Fraktion der CDU, des Abgeordneten Timke (BIW), der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. November 2011
(Neufassung der Drucksache 18/122
vom 10. November 2011)
(Drucksache 18/132)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. November 2011**

(Drucksache 18/133)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

(B) Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Anlass für unsere heutigen Beratungen ist ein Antrag der Abgeordneten der CDU-Fraktion und des Abgeordneten Timke auf Einberufung einer Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft. Verbunden mit diesem Antrag beantragen die Kolleginnen und Kollegen der Bürgerschaftsfraktion der CDU gemeinsam mit dem Abgeordneten Timke die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Ich möchte mich zu Beginn ganz herzlich bei allen bedanken, die in den letzten Tagen und in der letzten Woche daran mitgewirkt haben, dass wir es heute schaffen, einen sehr breit getragenen parlamentarischen Konsens zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses zu finden. Ich finde, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft haben sich trotz dieses sehr komplexen, schwierigen und mit öffentlichem Druck versehenen Sachverhalts sehr umsichtig, nachdenklich und konsensual verhalten. Dafür möchte ich mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion ganz herzlich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, erneut lesen wir in den letzten Tagen wieder Berichte über Kinder, die unter staatlicher Obhut oder unter staatlicher Aufsicht ihr Leben verloren haben. Wir alle, wie immer und wie schon länger, stellen uns wieder die Frage: Wie konnte das eigentlich passieren können?

Wieder stellt sich nicht nur die Frage nach persönlichem Fehlverhalten Einzelner, sondern wieder wird auch öffentlich die Frage gestellt: Gibt es in diesem System öffentlicher Daseinsvorsorge wirklich so schwerwiegende Mängel, dass solche Ereignisse passieren können?

Wir alle wissen, was Mütter und Väter vor der Geburt ihrer Kinder für unterschiedliche Gefühle durchleben. Dort ist natürlich Freude und Glück, aber auch viel Sorge und Befangenheit vor dem, was kommt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass man sich als werdende Eltern selbstverständlich auch sehr viele Gedanken darüber macht, ob das Kind gesund zur Welt kommt, ob mit der Geburt wirklich alles klappt, und natürlich stellt man sich auch die Frage, was eigentlich danach passiert. Wenn man das durchlebt hat, ist man hinterher immer froh, wenn am Ende alles gut gegangen ist.

Wir alle wissen auch, dass insbesondere bei Geburten früh vor dem ursprünglich errechneten Geburtstermin die Risiken besonders groß sind. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich ein halbtägiges Praktikum in der Prof.-Hess-Kinderklinik gemacht habe und auch auf der neonatologischen Station gewesen bin, wie respektvoll ich denen begegnet bin, die Verantwortung für diese Frühchen übernehmen. Es ist, glaube ich, eine große medizinische, aber für die Betroffenen auch eine große psychische Belastung, diesen Kindern, die teilweise mit einem Geburtsgewicht von nur 500 Gramm ins Leben starten, die medizinische Hilfe, die Fürsorge und den Beistand zu geben, den sie wirklich brauchen.

Ich möchte mich an dieser Stelle deswegen trotz der öffentlichen Diskussion über mögliche Versäumnisse und Fehler bei all denen in den Kliniken bedanken, die diese nicht leichte, verantwortungsvolle und auch belastende Aufgabe übernehmen. Sie retten damit Leben und geben Kindern eine Chance, die unter sehr schwierigen Verhältnissen das Licht der Welt erblicken.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) In dieser besonders schwierigen Situation erleben die Eltern, von denen ich eben gesprochen habe, natürlich auch ganz besondere Belastungen. Diese Eltern und Angehörigen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder, die aufgrund von Komplikationen im Schwangerschaftsverlauf besonderen Gefährdungen ausgesetzt sind, in bestmöglicher Betreuung auch in unseren städtischen Kliniken

(A) sind. Daraus leitet sich natürlich für diejenigen, die in den Kliniken Verantwortung tragen – für die Ärztinnen und Ärzte, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Leitungen der Krankenhäuser, für die Aufsichtsorgane der Kliniken, für die Gesundheitsbehörden und letztendlich natürlich auch für die politischen Entscheidungsträger –, eine ganz besondere Verantwortung ab, nämlich die Verantwortung, sehr genau darauf zu achten, dass es Rahmenbedingungen gibt, dass sie geschaffen werden, dass sie kontrolliert und beaufsichtigt werden, die sicherstellen, dass jedwede weitere Gefahr für diese ohnehin in ihrem Leben bedrohten Kinder und auch für ihre Eltern verhindert wird und dass etwaige Mängel unverzüglich und vollständig abgestellt werden.

In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die in den letzten Tagen bekannt gewordenen schweren Versäumnisse bei der Beachtung von Hygienevorschriften, bei der Beachtung von Vorschriften zum Infektionsschutz und zu den Meldepflichten für die CDU-Bürgerschaftsfraktion völlig unverständlich. Sie sind auch nicht durch das Fehlverhalten Einzelner zu erklären, sondern nach unserer Auffassung ist schon jetzt offenkundig, dass wieder ein System der Aufsicht und Kontrolle offensichtlich versagt hat. Obwohl nach den letzten Informationen dieser Keim bereits im April dieses Jahres erstmalig aufgetreten ist, es in der Folgezeit 23 Infektionen, mehrere teilweise schwere Erkrankungen und am Ende drei Todesfälle gegeben hat, ist das für die Ermittlung und Bekämpfung dieses Keimes zuständige Robert Koch-Institut erst Anfang November – und damit mehr als sechs Monate nach den ersten Keimen – eingeschaltet worden.

(B) Viel schlimmer wiegt, dass niemand in dieser Zeitspanne diese Versäumnisse bemerkt hat. Es hätte auffallen müssen, dass eine besorgniserregende Häufung von Erkrankungen an ein und demselben Keim die Einschaltung weiterer Schritte zwingend erforderlich macht. Niemand hat dieses Fehlverhalten bemerkt, obwohl viele damit befasst gewesen sind. Es ist ja ein Irrglaube anzunehmen, dass nur der Chefarzt von diesen Umständen Kenntnis gehabt haben kann. Selbst ein Besuch von Vertreterinnen und Vertretern des Gesundheitsamts noch Mitte Oktober hat bei niemandem die Alarmglocken schrillen lassen.

Für uns als CDU-Fraktion ist daher offensichtlich, dass in erheblicher und folgenschwerer Weise gegen Gesetze und Verordnungen verstoßen worden ist. Wir wollen mit unserem Antrag Aufklärung über die Ursachen und Verantwortlichkeiten, und wir wollen vor allem sicherstellen, dass sich so etwas in den Kliniken im Land Bremen nie wiederholt.

Der Ausschuss wird auch der Frage nachzugehen haben, ob die Erkrankungen und auch die Todesfälle bei Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen hätten vermieden werden können.

Diese Aufklärung sind wir auch den Angehörigen und Eltern der betroffenen Kinder schuldig.

(C)

Im Rahmen des Untersuchungsausschusses ist auch das Verhalten der politischen Entscheidungsträger zu klären. Schon jetzt, sehr geehrte Frau Senatorin Jürgens-Pieper, kann ich sagen, dass wir als CDU-Fraktion für Ihr Krisenmanagement überhaupt kein Verständnis haben. Es war falsch, nach dem Bekanntwerden der Umstände der Keiminfektionen nicht zuallererst die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Das wäre der erste notwendige Schritt gewesen. Es erschüttert mein Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn Ermittlungsbehörden mögliche Tötungsdelikte von öffentlichen Rundfunksendern erfahren müssen. Das ist ein unzumutbarer Zustand, Frau Senatorin Jürgens-Pieper!

(Beifall bei der CDU)

Es wäre aus unserer Sicht Ihre Pflicht gewesen, unverzüglich die Staatsanwaltschaft noch vor der Öffentlichkeit von diesem Sachverhalt zu benachrichtigen.

Völlig inakzeptabel ist im Übrigen aus Sicht der CDU-Fraktion das sich daran anschließende Verhalten von Herrn Staatsrat Dr. Schuster, der die dringend notwendige Einleitung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum Anlass nimmt, sich ausgerechnet über diejenigen zu beschweren, die sich dieser Ermittlung angenommen haben. Er geht sogar so weit, dass er sich bei seinem politischen Beamtenkollegen, dem Vorgesetzten des ermittelnden Staatsanwalts, über ein angebliches Fehlverhalten des Staatsanwalts beschwert. Die Unabhängigkeit der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen darf nicht durch solche politischen Einflussnahmen gefährdet werden. Das ist nicht akzeptabel!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wären Sie, Frau Senatorin Jürgens-Pieper, besser beraten gewesen, sich für die unterlassene Meldung des Sachverhalts an die Staatsanwaltschaft um Aufklärung zu bemühen, als den Staatsrat sich über das Verhalten der Staatsanwaltschaft beschweren zu lassen.

Es war falsch und verantwortungslos, in einen öffentlichen Streit um die Qualifikation des hygieneverantwortlichen Arztes am Klinikum einzutreten, ihn anzuzetteln und sich öffentlich mit dem renommierten Robert Koch-Institut über Fragen zu streiten, was in Protokollen steht oder nicht. Wir alle warten auf den Bericht des Robert Koch-Instituts, und es ergibt keinen Sinn, sich im Vorfeld der Berichterstattung öffentlich über die Frage zu streiten, ob das Robert Koch-Institut nun findet, dass alles prima oder schlecht ist. Ein solcher öffentlich ausgetragener Streit schadet der sachgerechten Aufklärung, dem Ansehen des mit

- (A) der Aufklärung beauftragten Robert Koch-Instituts und der politischen Kultur in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Es war von der zuständigen Senatorin falsch, nicht von Anfang an auch die politische Verantwortung für etwaige Versäumnisse zu übernehmen und ständig andere Schuldige zu suchen. Die Umstände legen es aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion schon jetzt offen: Für die schweren Versäumnisse ist und kann nicht nur ein Chefarzt verantwortlich sein, und deswegen sind aus unserer Sicht die Versuche, durch vorschnelle Personalentscheidungen von Fehlern anderer abzulenken, absolut untauglich und inakzeptabel, Frau Senatorin!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Sie haben die Verantwortung, mit diesen unglaublichen Vorwürfen und den schwierigen Zuständen an einem städtischen Klinikum sachgerecht umzugehen. Das macht man nicht, indem man sich der öffentlichen Debatte um Verantwortung entzieht, sondern nur, indem man sich der öffentlichen Debatte um die eigene Verantwortung auch stellt. Sie haben die Verantwortung für das, was dort organisatorisch gegebenenfalls an Fehlverhalten an den Tag gelegt worden ist, aber Sie haben vor allen Dingen die Verantwortung, durch eine sachgerechte öffentliche Debatte eine rückhaltlose, vollständige und lückenlose sowie sachgerechte Aufklärung dieses Sachverhalts und der daraus zu ziehenden notwendigen Konsequenzen selbst zu betreiben. Diese Aufgabe, Frau Senatorin, haben Sie in den letzten Wochen nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei sage ich ganz offen: Es geht nicht darum, nur eigene Fehler einzugestehen, sondern darum, die politische Verantwortung für die Ereignisse der letzten Tage zu übernehmen. Sie haben die Verantwortung dafür, dass wir jetzt nicht nur die Umstände der Keiminfektionen im Detail aufgeklärt bekommen, sondern Sie haben auch über mögliche Versäumnisse, die Nichteinhaltung von Regeln, Vorschriften und Gesetzen Rede und Antwort zu stehen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie diese Verantwortung endlich wahr!

Die Umstände der Erkrankungen und der Todesfälle auf der neonatologischen Station des Klinikums Bremen-Mitte sind so weitreichend, dass sie einer parlamentarischen Untersuchung bedürfen. Ich bin sehr froh, dass wir uns darauf fraktions- und parteiübergreifend verständigen können. Ich bin auch deswegen froh, das sage ich an dieser Stelle, weil das Verhalten der Senatorin seit Bekanntwerden kein Vertrauen in die unabhängige und sachgerechte Aufklärung geschaffen hat.

Wir verstehen ehrlicherweise auch nicht, warum ein Bürgermeister, der so lange geschwiegen hat, nach Bekanntwerden des Antrags auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nun noch einen politischen Sonderermittler einsetzt. Die Aufklärung der Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, ist in strafrechtlicher Hinsicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft und in politischer Hinsicht Aufgabe des von uns einzusetzenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Wir brauchen keinen zusätzlichen Ermittlungsbericht von politischen Beamten.

Wir müssen wissen, was passiert ist, wer die Verantwortung für die Geschehnisse und die Fehler hat, und vor allem, welche Konsequenzen wir aus möglichem Fehlverhalten für die Zukunft gemeinsam verabreden und umsetzen müssen. Es muss bei allem sichergestellt werden, dass sich diese unglaublichen Fehler nicht wiederholen. Ich bedanke mich noch einmal bei allen Fraktionen für ihre Bereitschaft, diese Untersuchung gemeinsam zu starten.

Ich fordere die Senatorin auf, diese Aufklärung nicht durch weitere Fehler und öffentliche Rechtfertigungsversuche zu gefährden. Wir haben die gemeinsame Verantwortung, den Eltern Auskunft über das zu geben, was geschehen ist, und den Bürgerinnen und Bürgern zu versprechen und sicherzustellen, dass sich solche Versäumnisse und Fehler nicht wiederholen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem Abitur und in Begleitung meines Studiums habe ich zehn Jahre im Rettungsdienst gearbeitet. Im Rahmen dieser Tätigkeit bin ich auch ein paarmal auf Frühchenstationen gewesen, und wenn man in solch einen Brutkasten schaut, Kinder sieht, die handgroß sind, dann beschleicht einen Ehrfurcht und Demut. Ich habe vielleicht als junger Mensch etwas zu lange dort gestanden, dann kam eine hilfreiche Krankenschwester und schlug vor, einen Kaffee zu trinken. Frühchenstationen sind der Ort auf der Welt, an dem Tragödien und Wunder ganz eng beieinanderliegen, und wahrscheinlich ist es der Ort, wo sie am engsten auf dieser Welt beieinanderliegen.

Ich bin glücklich und dankbar, dass bei der Geburt unserer Kinder meiner Frau und mir der Ritt auf einer solchen Rasierklinge erspart geblieben ist. Ich weiß aber auch aus dem persönlichen Umfeld, dass dies nicht bei allen Eltern der Fall ist. Sie hoffen und bangen, und leider endet der Weg viel zu oft nicht mit dem Wunder, sondern mit der Tragödie. Solche Eltern und Kinder haben den Anspruch darauf, dass auf ihrem schicksalhaften Weg vermeidbare Gefahren vermieden werden.

(C)

(D)

- (A) Dieser Untersuchungsausschuss wird zu klären haben, ob vermeidbare Gefahren vermieden wurden. Der Kern der Frage – das hat der Kollege Röwekamp soeben dargestellt – lautet: Was wurde falsch gemacht, und hätte der Tod der Frühchen verhindert werden können? Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass der Untersuchungsausschuss sich mit einem Themenfeld befasst, das ohne Frage als eine der größten Herausforderungen des Gesundheitswesens bezeichnet werden kann. Das Gesundheitswesen steht weltweit vor der Herausforderung, dass zunehmend Keime entstehen, die multiresistent sind, das heißt, dass sie mit den bekannten und bewährten wirkungsvollen Medikamenten nicht mehr bekämpft werden können. Auf diese Medikamente haben wir uns alle und die Krankenhäuser sich über Jahrzehnte verlassen.
- Die Prävention gegen solche Keime stellt hohe, wenn nicht höchste persönliche Anforderungen an die Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal, den Reinigungsdienst, aber auch an alle sonstigen Besucherinnen und Besucher von Stationen im Krankenhaus. Ich unterstelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Besucherinnen und Besuchern die Motivation, helfen zu wollen und Schaden abzuwenden. Deshalb sind vor allen Dingen auch folgende Fragen zu stellen: Was gibt es neben der individuellen Verantwortung? Wie sieht die institutionelle Verantwortung unseres Gemeinwesens für Krankenhäuser aus? Es wird im Untersuchungsausschuss zu klären sein, ob die Ressourcen, die Arbeitsabläufe, Kommunikation und Reaktion und alle damit zusammenhängenden Regelwerke tatsächlich dazu geeignet waren, vermeidbare Gefahren zu vermeiden.
- (B) Nach gängiger Definition ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ein Ausschuss zur Untersuchung von Sachverhalten, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. Was könnte mehr im öffentlichen Interesse liegen als die hygienischen Zustände in unseren Krankenhäusern, bei denen wir davon ausgehen, dass jeder von uns zu jeder Zeit mit ihnen konfrontiert werden kann? Deshalb war es für die SPD genauso wie für die Grünen selbstverständlich, das Anliegen der CDU auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu unterstützen. Der ursprüngliche CDU-Antrag wurde auf Vorschlag der Koalition entsprechend erweitert. Die Einigung über den Untersuchungsgegenstand erfolgte gestern innerhalb von 30 Minuten. Das ist, glaube ich, ein gutes und ermutigendes Zeichen dafür, dass das Parlament in seiner Gänze um Aufklärung bemüht ist.
- Es war uns als Koalition, uns als SPD wichtig, den Beschlussvorschlag der CDU dahin gehend zu erweitern, dass der Ausschuss nicht nur die konkret zu beurteilenden Fälle im Klinikum Bremen-Mitte betrachtet, sondern auch, welchen Entwicklungen Frühchenstationen insgesamt in Deutschland unterliegen, wie sich die Problematik multiresistenter Krankenhauskeime in Deutschland und darüber hinaus darstellt und – ich glaube, dies wird das
- bleibende Ergebnis eines solchen Ausschusses sein müssen – welche wirkungsvollen Gegenstrategien gegen multiresistente Keime ergriffen werden können und müssen.
- (C) Ich selbst hatte die Ehre, in einem der letzten Untersuchungsausschüsse in diesem Haus tätig sein zu dürfen. Die beiden letzten Untersuchungsausschüsse waren davon geprägt, dass alle Fraktionen sich konstruktiv und gemeinsam an der Aufklärung des Untersuchungsauftrags beteiligt haben. Ich hoffe, dass auch dieses Mal das gemeinsame Aufklärungsinteresse über allem stehen wird. Mit Frau Grotheer aus meiner Fraktion übernimmt die SPD den Vorsitz im Untersuchungsausschuss, so wie es die parlamentarischen Regelungen vorsehen. Wir haben großes Vertrauen in Frau Grotheer und sind sicher, dass sie von ihrer parlamentarischen Unabhängigkeit in einer Weise Gebrauch machen wird, dass alle Fraktionen ihrem Informationsbedarf nachkommen können.
- Lassen Sie mich, Herr Röwekamp, als Einschub sagen: Mir ist klar, dass der Versuch der Instrumentalisierung eines solchen Untersuchungsausschusses groß ist. Das, was Sie zum vorgeblichen Fehlverhalten der Senatorin vorgetragen haben, hat, wenn man den Untersuchungsauftrag liest, nichts mit dem Untersuchungsauftrag des Ausschusses zu tun. Hier geht es darum, dass wir gemeinsam aufklären wollen, welche Fehler es gegeben hat und wie diese Fehler in Zukunft vermieden werden können. Ich hoffe, dass wir diesen Ausschuss nicht instrumentalisieren, um darüber zu diskutieren, wer wann was vielleicht glücklicher oder unglücklicher als Brief geschrieben haben mag. Mir geht es darum – und ich glaube, uns allen sollte es darum gehen –, dass die Situation in unseren Krankenhäusern verbessert wird.
- (D)
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Vielleicht nehmen sich, nicht nur innerhalb des Parlaments, sondern auch außerhalb von Parlament und Regierung, Menschen diesen Rat zu Herzen: erst den Sachverhalt aufklären, dann die notwendigen Konsequenzen ziehen, um für die Zukunft zu verhindern, dass vermeidbare Gefahren den ohnehin schon schweren Weg von Frühchen belasten!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Ich glaube aber, was uns als Parlament weit über alle Fraktionen eint, ist: Die betroffenen Eltern, das engagierte Personal in den Kliniken und die Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf, dass das Parlament in seiner Gänze Aufklärungsarbeit leistet. Ich bin guter Hoffnung, dass dies geschehen wird. – Ich danke Ihnen!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ging es eigentlich bei Ihrer Rede, Herr Röwekamp, wie fast immer: Es gab Teile, die ich ohne Weiteres unterschreiben konnte, ich fand den Ton und das ganze Herangehen auch sehr angemessen. Aber ich finde, wie es manchmal leider so ist, schon, dass man aus unserer Sicht auch noch einmal sagen muss, dass wir heute über den Einsetzungsbeschluss eines Untersuchungsausschusses debattieren. Manchmal dachte ich, als ich Ihnen zuhörte, ehrlich gesagt, wir debattieren heute den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, weil Sie ganz offensichtlich ja schon wissen, was dabei herauskommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Dann habe ich noch einmal in die Tagesordnung geschaut: Nein, heute steht dort der Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses. Dort sind Sie meines Erachtens weit vorgeprescht, und wenn man so weit voprescht – das kann man machen, für die Oppositionsrolle habe ich ein großes Maß an Verständnis – und sich so weit aus dem Fenster lehnt, schon zu wissen, welche Versäumnisse, Skandale und welches Fehlverhalten vorliegen und dann nur noch herausfinden will, wer nun exakt wann und wie dafür verantwortlich ist, dann muss man natürlich auch in den kommenden Wochen und Monaten die Ergebnisse liefern. Ich weiß nicht genau, was Sie an gleicher Stelle machen, wenn wir den Abschlussbericht hier debattieren und wenn sich Ihre heute teilweise, wie ich finde, sehr angreifenden Vorhersagen nicht bewahrheiten, sondern wir ein viel differenzierteres oder anderes Urteil aus dem Geschehen im Untersuchungsausschuss – möglicherweise ja sogar mit Ihren Kolleginnen und Kollegen gemeinsam – abgeben, denn das ist ja das Ziel, das wir alle haben. Ich weiß nicht, wie Sie dann an dieser Stelle noch einmal darauf eingehen werden.

Das große Problem ist – das ist auch in den Reden meiner Vorgänger angeklungen, und das, finde ich, muss man am Anfang einer solchen Debatte auch noch einmal erwähnen –, dass wir uns dem Gegenstand mit zwei völlig unterschiedlichen Sichtweisen nähern können. Beide sind außerordentlich legitim, und Sie sind beiden Sichtweisen in den letzten Wochen, als über diesen Fall gesprochen wurde, auch begegnet.

Die eine ist eine fachliche medizinisch geprägte Sichtweise, die zu Recht – Sie haben es in Ihrer Rede auch erwähnt, das hat mir sehr gut gefallen – darauf hinweist, dass einerseits der medizinisch fragile Zustand dieser Frühchen, teilweise nur wenige hundert

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Gramm schwer, von denen viele leider, obwohl die Medizin dort große Fortschritte gemacht hat, nicht überleben werden, auch wenn sich alle anstrengen, und andererseits das Vorhandensein von Krankenhauskeimen per se dazu führen, dass wir es nicht mit einer völlig außergewöhnlichen Situation zu tun haben, sondern dass sowohl Krankenhauskeime als auch der Tod von Frühchen zum Alltag auf Stationen der Neonatologie überall auf der Welt gehören.

Es wäre nun ein kompletter Fehler, aus dieser, wie ich finde, fachlichen – und auch von der ganzen Herangehensweise her – völlig eindeutig belegbaren Sichtweise zu schließen, dass wir es nicht mit einem riesigen Problem, einem Gegenstand, den wir dringend aufklären müssen, aber dennoch mit einer völlig anormalen Situation auf dieser Station zu tun hatten. Wenn das Vorhandensein dieser multiresistenten Keime auf einer solchen Station normal wäre, dann würden sich natürlich die Fragen stellen, warum man sie überhaupt schließt, warum man einen Aufnahmestopp verhängt, und warum es überhaupt Gegenstand einer öffentlichen Debatte ist! Wir haben also einen kritischen Normalzustand, der von Keimen und von einem ganz angegriffenen Gesundheitszustand dieser Frühchen geprägt ist. Hinzu – und darum geht es ganz präzise bei diesem Gegenstand – kommen zusätzliche Risiken, die durch mangelnde Hygiene verursacht werden und durch tödliche multiresistente Keime auf dieser Station zusätzlich für die schon geschwächten Frühchen existieren.

(D) Genau dieses Problem muss unter allen Aspekten untersucht werden, nämlich den strafrechtlichen, administrativen, wissenschaftlichen und – warum sind wir heute hier? – auch den politischen Aspekten, die ein solcher Vorgang hat. Deswegen finde ich den Gegensatz, der hier manchmal in der Debatte von medizinisch sehr kundigen Menschen aufgezeigt wird, die wissen, wie es auf solch einer Station aussieht, die einerseits aus fachlicher Sicht den Gegenstand erst einmal relativieren und andererseits die Sicht der Patienten, der Betroffenen und der Öffentlichkeit anschauen, sehr interessant. Wir müssen feststellen, dass wir es nicht mit einer Routine oder Normalität auf dieser Station zu tun hatten, sondern mit einer außergewöhnlichen Situation, die dann doch dringend aufgeklärt werden muss.

Ich finde diese grundsätzliche Vorgehensweise wichtig, weil ich in den vergangenen Wochen des Öfteren erlebt habe, dass diese beiden Positionen ganz stark auch gegeneinander gestellt sind und der eine oder andere doch gefragt hat: Warum machen Sie überhaupt einen Untersuchungsausschuss? Warum wird es überhaupt an die große Glocke gehängt? Ich kann für die grüne Fraktion sagen: Ja, wir kennen die Probleme auf einer solchen Station, und ja, wir sind der Meinung, ein Untersuchungsausschuss ist der angemessene Weg, den zusätzlich auf dieser Station seit April offensichtlich entstandenen Prob-

- (A) lernen im Parlament mit der nötigen Ernsthaftigkeit nachzugehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt kann man viel über Untersuchungsausschüsse sprechen. Man kann beliebig weit in die Vergangenheit dieses Hauses zurückgehen; das will ich gar nicht tun. Ich will mich sehr positiv auf die beiden letzten Untersuchungsausschüsse zu Kindeswohl und zum Klinikverbund in der vorletzten Legislaturperiode beziehen. Ich glaube, diese beiden Untersuchungsausschüsse – die grüne Fraktion war damals noch in der Opposition, deswegen sage ich es auch aus der damaligen Sicht – waren in ihrer Herangehensweise, Ernsthaftigkeit, Seriosität, im gemeinsamen Aufklärungswillen und dem Umgang der Kolleginnen und Kollegen aus den damaligen Regierungsfractionen und aus der Opposition vorbildlich. Ich finde, es sind dort sehr viele Dinge aufgeklärt worden.

Es sind sehr viele Empfehlungen ausgesprochen worden, gerade auch in dem Klinikuntersuchungsausschuss. Vielleicht sollten wir uns alle gemeinsam zur Angewohnheit machen, dass wir nach einer gewissen Zeit auf die Empfehlung schauen, die wir dort alle in den Abschlussbericht hineingeschrieben haben. Hier sitzen ja einige von uns, die damals sehr intensiv beteiligt waren, von uns Frau Hoch und Frau Linnert. Es ist in der Tat nicht selbstverständlich, dass sie alle automatisch und bis in alle Ewigkeit eingehalten werden, sondern wir sollten bei solchen hervorragend verlaufenen Untersuchungsausschüssen, wie es dieser war, immer wieder überprüfen, ob an der einen oder anderen Stelle noch einmal genauer hingeschaut werden muss.

(B)

Ich hatte es in meiner Vorbemerkung schon angedeutet, meines Erachtens macht es keinen Sinn – das bezieht sich sowohl auf den Änderungsantrag der LINKEN als auch auf Ihre Rede, Herr Röwekamp –, jetzt schon weitgehend nicht nur zu vermuten, sondern so zu tun, als ob man schon weiß, was letztendlich die Ursache dieser Probleme gewesen ist. Bei Ihnen, man hat es deutlich herausgehört, geht es nur noch um die Frage der politischen Verantwortung und welcher Kopf am Ende rollt. Bei der LINKEN kann man es im Änderungsantrag auch genau nachlesen, weiß man schon, dass, wie immer, die ökonomischen Verhältnisse ursächlich waren, und es geht nur noch darum, dafür eine Bestätigung zu finden.

Die grüne Fraktion geht anders heran. Sie wird offen für alle Aspekte sein, die dort auf den Tisch kommen können, auch mit einem sehr weit gefassten Herz für die Wünsche der Opposition, alle Gegenstände mit Ihnen dort besprechen, alle Zeugen, die dort sinnvoll sein können, anhören, alle Akten hinzuziehen, um dann am Ende zu einer Schlussfolgerung zu kommen, was man aus all diesen Vorgängen am Ende lernen kann. Für mich ergibt es überhaupt

keinen Sinn, den Einsetzungsbeschluss eines solchen Untersuchungsausschusses und auch die gemeinsame Arbeit dadurch zu belasten, dass man heute hier schon so tut, als ob man bereits alles wüsste.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt über den konkreten Einsetzungsauftrag unseres Untersuchungsausschusses hinaus eine Reihe von Themen, die in diesem ganzen Komplex eine Rolle spielen. Ich will sie nur kursorisch nennen, weil ich Ihre Geduld nicht überstrapazieren möchte. Einer davon ist, und das ist unserer Fraktion sehr wichtig gewesen, und ich könnte in die Fraktion nicht zurückkommen, ohne das hier anzusprechen, wir müssen in einer solchen Debatte auch einmal kurz innehalten und fragen dürfen, woher eigentlich diese Zunahme dieser multiresistenten Keime kommt. Wir müssen an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen dürfen, dass der weltweite Einsatz von Antibiotika in dem Maße, wie wir es heutzutage praktizieren, der Einsatz von Antibiotika in der Tiermast, bei Hühnern, in der Fischzucht und vor allen Dingen auch in der Kälbermast – –. Mein grüner Kollege Johannes Remmel, Umweltminister in Nordrhein-Westfalen, hat gerade in dieser Woche eine Studie vorgelegt, mit der in Nordrhein-Westfalen repräsentativ für die gesamte Bundesrepublik Deutschland erforscht wurde, dass in 95 Prozent aller gezüchteten Hühner, die wir jeden Tag essen, massiv Antibiotika eingesetzt werden. Man muss einmal sagen, wenn wir über die Konsequenzen und das Fehlverhalten sprechen, um das es hier geht, dass diese Keime nicht vom Himmel gefallen sind. Diese Keime sind auch Ausdruck einer fehlgeleiteten Medizin, eines völlig bedenkenlosen Einsatzes von Antibiotika bei Menschen, aber auch in der Tierzucht. Dies muss an dieser Stelle auch eine Rolle spielen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir müssen ebenso über den bundesweiten Stand der Krankenhaushygiene sprechen, nicht um Bremen oder das Klinikum Bremen-Mitte, das KBM, zu entlasten, sondern um uns einmal alle zu fragen: Wollen wir es eigentlich in Zukunft hinnehmen, dass in jedem Bericht, in jeder Fernsehsendung oder in jedem Essay darauf verwiesen wird, dass es in den Krankenhäusern in Holland in einem so bedeutenden Maß besser ist, sodass sie es schaffen, viel weniger Tode durch Krankenhauskeime zu erreichen, als wir es können. Sind wir es eigentlich in Deutschland gewohnt, dass wir uns zurücklehnen und sagen: ja, das ist nun einmal so, das können wir nun einmal nicht besser? Oder müssen wir nicht auch den Aspekt aufnehmen, dass wir definitiv allesamt, und zwar unabhängig von diesem konkreten Fall, aber diesen konkreten Fall und die toten Frühchen als

- (A) Mahnung nehmend und gerade auch, dass es in Bremen passiert ist, deutlich besser werden müssen und bundesweit deutlich nachbessern müssen in diesen Fragen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es wird sicher eine Rolle spielen – und der Zusammenhang ist ja auch nicht ganz so weit hergeholt –, in welchem Zustand unsere kommunalen Kliniken sind. Die schon ein bisschen länger dabei sind, wissen, dass sich durch diese Kliniken eine lange Geschichte von den unterschiedlichsten Skandalen zieht. Teilweise wirken sie in der Nachschau etwas skurril. Der sich unter anderem Namen, anderer Religion und mit einem sehr langen Bart ins Ausland absetzende Klinikmanager wäre vielleicht etwas Lustiges, könnte man meinen, das war es aber gar nicht, weil wir damals einem massiven Korruptionsskandal auf der Spur waren. Aber auch das, was sich rund um die Herren Lindner und Tissen vor etwa fünf Jahren abspielte, ist sicherlich kein Ruhmesblatt.

Die grüne Fraktion möchte an dieser Stelle noch einmal ganz klar festgehalten wissen: Wir wissen, dass das Festhalten an kommunalen Kliniken als einem zentralen Baustein der Daseinsvorsorge für alle Patientinnen und Patienten, die diese Kliniken brauchen, in der heutigen Krankenhauslandschaft und bei der heutigen Medizinfinanzierung ein schwerer Weg ist. Wir stehen aber dazu, dass wir diesen sehr schweren Weg auch über diesen hohen Berg, der jetzt angesichts dieses Untersuchungsausschusses vor uns liegt, gehen werden, weil wir alle anderen Vorschläge, die es gegeben hat – nämlich die Privatisierung, völlig unrealistische PPP-Modelle zugunsten privater Dritter –, ablehnen und eindeutig zu dieser kommunalen Struktur der Daseinsvorsorge durch diese kommunalen Kliniken in Bremen stehen. Das ist die Grundlage, auf der wir hier zu diesem Thema arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das heißt nicht, dass grundsätzlich alle Dinge, so wie sie jetzt sind, so bleiben müssen. Die Kliniken haben sehr viele Veränderungen durchlaufen, vielleicht zu viele in zu kurzer Zeit. Das wird man immer hinterfragen müssen. Jedenfalls sind alle Beteiligten sehr stark gefordert worden.

Nur eine ganz kurze Adresse an die LINKE: Es ist einfach, immer zu sagen, dann müssen Sie dort mehr Geld hineingeben, mehr Menschen einstellen und von allem dort mehr machen. Wenn man es unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet – und dazu neigen wir Grüne sehr –, nicht nur eine ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch eine finanzielle Nachhaltigkeit kennt, dann haben wir einfach die

Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen können, dass diese Kliniken auch auf Dauer nachhaltig in einem großen Krankenhausmarkt wirtschaften können müssen. Der Verpflichtung können wir uns nicht entziehen, weil wir keine Gelddruckpresse im Keller haben und diese Kliniken nicht völlig anders behandeln können als alle anderen.

Das heißt, es ist extrem schwer, einen Kurs der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finden, einen Kurs, der aber sagt, wir müssen trotzdem an die Wirtschaftlichkeit der Kliniken Fragen stellen und die Wirtschaftlichkeit dieser Kliniken verbessern, weil wir nicht ewig mit großen Zuschüssen nachbessern können, und wir müssen uns all den Aufgaben stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, Sie wissen auch, die Alternative zu diesem Kurs, den Rot-Grün hier ganz klar gewählt hat, ist immer ein Verkauf an Private. Wenn Sie einmal von der Seite der Beschäftigteninteressen kommen – ich komme ja auch ganz gern bei Krankenhäusern von der Seite der Patientinnen- und Patienteninteressen, für die sind die Krankenhäuser ja da, die Beschäftigten sind aber auch extrem wichtig –, dann ist dort unter solchen Kapitalverwertungsbedingungen, wie es private Dritte im Krankenhauswesen machen, ein riesiger Unterschied zu dem, was wir heute haben. Im Endeffekt wäre das, was Sie betreiben, genau diese Konsequenz, dass wir dann an Dritte verkaufen müssten. Genau das wollen wir nicht, und deswegen kämpfen wir an dieser Stelle auch so für diese Krankenhäuser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich zwei Punkte noch ganz kurz ansprechen! Wir sind alle, glaube ich, in dieser Woche sehr davon überrascht, dass, bevor nun irgendwelche Ergebnisse all dieser Untersuchungen, die jetzt parallel laufen – im Unterschied zu Ihnen, Herr Röwekamp, finde ich es überhaupt nicht ungewöhnlich –, der Senat, er hat es schon des Öfteren, auch unter Ihrer Mitwirkung, kurzfristig einen Bericht eines Sonderermittlers erbittet, der dann dem Untersuchungsausschuss als Material vorgelegt wird. Damals hatten Sie nichts dagegen, heute, bei Herrn Professor Stauch, haben Sie komischerweise etwas dagegen, das ist aber, glaube ich, nur ein Nebenaspekt.

Wir haben die Situation, dass mit der Entlassung des Chefarztes der Kinderklinik am Krankenhaus Bremen-Mitte der Eindruck entsteht, als ob noch jemand im Vorgriff auf Ergebnisse, die weder die Staatsanwaltschaft noch das Robert Koch-Institut, noch dieser Untersuchungsausschuss, noch der Sonderermittler Professor Stauch vorliegen hat, bereits eine sehr schwerwiegende Handlung vorgenommen hat. Das ist ein Vorgang, der uns in der grünen Fraktion sehr nachdenklich gemacht hat. Ich möchte an dieser Stelle, obwohl es vielleicht nicht von allen als

(C)

(D)

(A) angemessen erachtet wird – ich mache es trotzdem! –, Herrn Professor Dr. Huppertz für die Arbeit, die er über viele Jahre in der Kinderklinik geleistet hat, dennoch den Respekt und auch die Würdigung all der vielen kleinen Patientinnen und Patienten, die in den letzten Jahren in dieser Klinik waren, aussprechen.

(Beifall)

Ich glaube, dass das unabhängig von dem Ergebnis ist, dass er sich am Ende, wie viele andere in diesem Krankenhaus auch, dann wird anschauen müssen, was bei den Ermittlungen auf den verschiedenen Ebenen herauskommt.

Ich würde aber an dieser Stelle auch immer eine kleine Vorsicht einbauen. Wir werden am Ende wissen – lassen Sie es mich einmal so sagen –, wenn wir alle Ermittlungen auf dem Tisch haben, wie wir diese fristlose Kündigung der letzten Woche zu bewerten haben. Das kann so oder auch anders aussehen, wir sind jedenfalls bereit, es uns dann anzuschauen und die Schlüsse daraus zu ziehen, und ich glaube, dass auch hier klar ist, wer dann für welche Handlungen die Verantwortung zu übernehmen hat, wenn wir am Ende die Ergebnisse vorliegen haben.

(B) Lassen Sie mich als letzte Bemerkung sagen: Wir haben uns für drei Kolleginnen und Kollegen für den Untersuchungsausschuss entschieden, nämlich für den Abgeordneten Fecker, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Innenexperten, die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther, eine unserer beiden gesundheitspolitischen Sprecherinnen, und den Abgeordneten Saffe, der bei uns für Verbraucherschutz zuständig ist. Wir fanden diese Mischung der Kompetenzen hervorragend geeignet, um sie in den Untersuchungsausschuss zu entsenden. Diese drei Abgeordneten gehen mit einem Geist und einer Einstellung in diesen Ausschuss, dass sie sich ohne Vorbehalte und Vorbedingungen an der Aufklärung der Vorkommnisse und dem Ziehen der nötigen Konsequenzen aus diesen Vorkommnissen beteiligen werden. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal an zwei Punkten auf meine Vorredner eingehen! Ich möchte zu Herrn Röwekamp sagen: Ich halte es, ehrlich gesagt, für ein bisschen absurd, dass Sie jetzt den Vorwurf machen, dass die Staatsanwaltschaft schneller hätte eingeschaltet werden müssen. Die Staatsanwaltschaft ist völlig

*) Vom Redner nicht überprüft.

ungeeignet, irgendwelche Keime zu suchen oder abzustellen. Sie können der Senatorin sonst etwas vorwerfen, aber doch nicht, dass sie die Staatsanwaltschaft hätte schneller einschalten müssen, und dann wäre irgendetwas anders geworden! Das, muss ich sagen, finde ich ein bisschen absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Der zweite Punkt an den Abgeordneten von den Grünen! Wir als LINKE haben gesagt, wir möchten gern ein bestimmtes Feld im Untersuchungsausschuss beleuchten. Wir haben damit nicht gesagt, dass für uns damit irgendetwas schon gelöst ist. Nein, das ist es nicht! Ich komme aus Kliniken, ich kenne Hygieneprobleme, und damit werden wir uns gleich auch noch ein bisschen intensiver auseinandersetzen. Ich finde, das ist Blödsinn! Wir haben kein vorgefertigtes Bild, wir haben nur gesagt, wir möchten an dieser einen bestimmten Stelle, auf die ich gleich auch noch kommen werde, etwas näher hinsehen, um dann zu schauen, was dabei herauskommt. Das als Erstes!

Ich bin gerade in den letzten Tagen – Herr Dr. Güldner hat es auch gerade angesprochen – von einigen Kolleginnen und Kollegen, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern gefragt worden, wozu wir jetzt eigentlich noch einen Untersuchungsausschuss brauchen. Wir hätten doch jetzt eigentlich einen Schuldigen gefunden, Herrn Professor Dr. Huppertz wäre gekündigt worden. Ich habe immer geantwortet: Ich bin der Meinung, dass ein Untersuchungsausschuss gerade auch nach dieser Kündigung wichtiger ist denn je. Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss. Ich möchte es einmal so begründen: Es ist doch zu befürchten, dass diese vorschnelle Personalentscheidung, die Kündigung von Professor Dr. Huppertz, doch eher zur Verdunklung als zur Erhellung der Sachverhalte führen wird. Sind wir doch einmal ehrlich: Was wird jetzt passieren? Herr Professor Dr. Huppertz hat einen Ruf zu verlieren, ihm ist gekündigt worden. Er wird eine Kündigungsschutzklage anstrengen, danach wird es einen Prozess geben, und er wird schauen, ob er wenigstens eine Abfindung bekommen kann. Das wird ein Prozess sein, der neben dem Untersuchungsausschuss lang, schmutzig und vor allen Dingen auch teuer für Bremen werden wird.

Ich finde auch, und das muss hier auch einmal angesprochen werden: Was bitte ist es denn für ein personalpolitisches Zeichen der Geschäftsführung der Gesundheit Nord, wenn sie, noch bevor das Robert Koch-Institut seinen Bericht abgegeben hat, noch bevor sich der Untersuchungsausschuss auch nur konstituieren konnte, ihrem Chefarzt im Grunde genommen schon schwere Verfehlungen vorwirft und ihn hinauswirft? Dort muss man doch einmal fragen, was das soll! Es gibt mittlerweile eine Solidarisierung der Kinderärzte im KBM für ihren Chef, uns erreichen auch nationale Anrufe von Ärztinnen und Ärzten, die nachfragen, was in Bremen eigent-

(C)

(D)

(A) lich wieder los ist. Wir haben Beschäftigte, die sich ernsthaft Sorgen machen und fragen: Warum wird ihm gekündigt, ohne dass eigentlich klar ist, ob er tatsächlich verantwortlich ist?

Sie sprachen ja von der Frage von Vorverurteilung und dass man vorher schon weiß, was herauskommt. Wer weiß hier eigentlich schon, was herauskommt? Kennt Herr Dr. Hansen schon den Bericht des Robert Koch-Instituts? Ich weiß es nicht! Ich muss aber sagen, ich finde es sehr sonderbar, wenn man dort nachfragt, was denn jetzt eigentlich die Senatorin dazu sagt – die Senatorin ist Aufsichtsratsvorsitzende und Senatorin für Gesundheit –, dass sie auf Nachfrage nichts dazu sagt!

Ich habe Herrn Brumma als gesundheitspolitischen Sprecher der SPD angesprochen. Dort wird gesagt, die Senatorin sagt, das wäre eine operative Entscheidung der Geschäftsführung der Gesundheit Nord, da halte sie sich heraus. Das ist eine operative Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Wo, bitteschön, ist das eine operative Entscheidung? Wie wollen wir denn jetzt in Zukunft einen neuen Chefarzt für die Kinderklinik finden? Wie denn? Mit solch einem Ruf? Es war doch total rufschädigend, diesen Mann, ohne dass es konkrete Beweise gibt oder diese vorgelegt werden, einfach hinauszuerwerfen!

(B) Frau Senatorin Jürgens-Pieper, ich habe die ganze Zeit immer gesagt, dass ich vieles von dem, was Sie bisher gemacht haben, absolut in Ordnung fand, aber an dem Punkt verstehe ich es nicht mehr! Das ist doch keine operative Entscheidung, das ist eine strategische Entscheidung für diese Klinik! Der Ruf dieser Klinik wird damit weiter geschädigt. Das können Sie doch nicht machen! Sie können sich doch nicht heraushalten und sagen, das macht mein Geschäftsführer irgendwie, und das können Sie schon gar nicht als Aufsichtsratsvorsitzende machen, das will ich hier auch einmal deutlich sagen. Das funktioniert meiner Meinung nach überhaupt nicht, und ich finde es auch einfach befremdlich!

Muss ich – das sage ich jetzt hier einmal wirklich Frau Senatorin Jürgens-Pieper – als kleiner Betriebsrat Ihnen irgendwie deklarieren, wie man solch eine Personalie sauber über die Bühne bekommt? Das kann doch nicht wahr sein! Wenn ein Chefarzt solchen Verdächtigungen ausgesetzt wird, dann kann man ihn als Ultima Ratio vom Dienst suspendieren. Ja, das kann man tun! Dann muss man aber auch in dem Moment wissen, was man tut. Oder Sie haben Beweise! Aber bitte, wenn Sie wirklich Beweise haben – Sie als Senatorin sind dafür zuständig, Sie haben die Verantwortung dafür –, dann müssen Sie sie auf den Tisch legen, ansonsten wird der Ruf dieser Klinik weiter und weiter geschädigt!

Eine zweite Personalie, weil wir gerade bei den Personalien sind! Ich wundere mich dann auch, was dort eigentlich passiert. Ich denke, alle hier im Saal erinnern sich an den 3. November. Die Senatorin

geht das erste Mal vor die Mikrofone und sagt, was passiert ist. Dabei sitzt ihr Abteilungsleiter Herr Dr. Gruhl und erklärt, wie zum Trost sozusagen, dass das Robert Koch-Institut der Klinik immerhin bescheinigt hätte, dass sie nichts falsch gemacht habe. Originalzitat von Dr. Gruhl: „Hier ist nicht geschlampert worden.“ Es braucht dann einen Tag Recherche des „Weser-Kurier“, und danach steht fest, dass die Sprecherin des Robert Koch-Instituts gesagt hat: So etwas haben wir nie gesagt. Und nun, Frau Senatorin? Das ist Ihr Behördenleiter! Hat er jetzt gelogen? Wird er jetzt entlassen, oder was? Auch dort tragen Sie die Verantwortung, darauf muss man doch reagieren, wenn so etwas in dem Moment passiert! Es kann doch nicht sein, dass man sich dort immer heraushält, das verstehe ich nicht! Es hat nichts mit der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu tun, aber ich finde, Sie müssen reagieren, dafür sind Sie Senatorin!

Genau aus dem Grund ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss natürlich wichtiger denn je, weil diese Fragen, die ich eben gestellt habe, aufgeklärt werden müssen, neben dem einen, natürlich höchsten Ziel, dass wir versuchen müssen, dass Verhältnisse dort anders gestaltet werden, dass so etwas für die Kinder und Eltern nie wieder vorkommen kann. Das ist natürlich das Hauptziel, aber ich sage einmal: Nebenbei müssen solche Fragen, wie ich sie eben gestellt habe, auch geklärt werden.

(D) Lassen Sie mich jetzt noch einmal erklären, was für uns als LINKE wichtig ist! Herr Dr. Güldner hat versucht, ein klein wenig zu verdrehen, unsere schlichte These, dass wir sagen, Personalabbau ist auch schlecht für Krankenhaushygiene. Ganz einfach! Es ist wohl gemerkt eine These, und wir wollen – deshalb werden wir einen Antrag dazu stellen –, dass diese These im Ausschuss verifiziert wird. Wir können dort richtig oder auch falsch liegen, aber wir wollen, dass bei diesem Problem auch hingeschaut wird.

Ich möchte es für Sie vielleicht noch einmal ein bisschen plastisch machen! Wir haben zwar gehört, Herr Röwekamp war einmal Praktikant, und Herr Tschöpe war Rettungssanitäter, aber gut! Ich möchte Sie gern einmal mitnehmen – ich gehe einmal weg von der Frühchenstation, weil das Thema ja sehr belegt ist –, kommen Sie einfach einmal auf eine normale Station der Inneren Medizin mit! Dort liegen zum Beispiel 26 Patientinnen und Patienten, die im Durchschnitt 70 Jahre alt sind. Die meisten sind multimorbid, das heißt, sie haben mehrere Krankheiten gleichzeitig, und sind größtenteils bettlägerig. Es gibt auch bei den Erwachsenen auf den Stationen in den letzten Jahren zunehmend multiresistente Krankenhauskeime. Es gibt sie sowohl in den kommunalen als auch in den anderen Krankenhäusern, das ist in der Tat auch ein Stück Alltag. Auf dieser Station sind zum Beispiel zwei Menschen an diesen multiresistenten Keimen erkrankt, sie haben eine Infektion, müssen also isoliert werden.

(A) Vor der Sanierung, auch das muss sehr deutlich gesagt werden, war solch eine 26-Betten-Station mit einem Personalschlüssel von vier Beschäftigten in der Frühschicht, drei in der Spätschicht und einem in der Nachtschicht besetzt. Jetzt innerhalb oder nach der Sanierung, je nachdem, wie Sie es sehen wollen, haben wir eine Besetzung von drei Beschäftigten in der Frühschicht, zwei in der Spätschicht und einem in der Nachtschicht.

Jetzt stellen Sie sich einfach einmal vor, Sie sind jetzt einer der zwei Kollegen, Sie sind in der Spätschicht tätig, und dann passiert Folgendes: Es klingelt, einer der infizierten Patienten meldet sich. Das heißt, Sie als Pflegekraft müssen dorthin gehen, die Hände desinfizieren, den Mundschutz anlegen, die Haube aufziehen, den Kittel überziehen, die Schuhschützer überstreifen, und dann gehen Sie zu dem Patienten ins Zimmer. Sie hören sich an, was mit ihm ist, danach gehen Sie wieder hinaus. Danach müssen Sie die Kleidung, die sie getragen haben, entsorgen, die Handschuhe ausziehen, sich wieder desinfizieren, und dann können Sie weitermachen. Bei einer Besetzung von zwei Beschäftigten im Spätdienst bedeutet das, dass mindestens eine dieser zwei Personen – in diesem Fall bei 26 Patientinnen und Patienten – für diese zwei infektiösen Patienten zuständig ist. Die andere Person ist mit den anderen Schwerkranken, dem Telefon, der Beantwortung der Fragen der Angehörigen und so weiter beschäftigt.

(B) Dann passiert Folgendes – es tut mir wirklich leid, Ihnen das hier so ausführlich schildern zu müssen, aber das ist Alltag, da können Sie die Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken fragen -: In einem der anderen Zimmer fällt ein Patient zu Boden und hat möglicherweise einen Atem- oder Herzstillstand. Die eine Person ist zum Glück gerade im Zimmer und löst Alarm aus, das heißt, die Anästhesisten werden gerufen. Jetzt sind Sie als der zweite Pfleger gerade bei dem anderen Infizierten im Zimmer, Sie haben sich angezogen, desinfiziert und hören, dort ist Alarm. Sie gehen aus dem Zimmer hinaus, Sie ziehen Ihren Mundschutz ab, ziehen den Kittel aus und gehen zu dem anderen Patienten.

Das Einfachste, was einem in der Tat in so einem Moment passiert, ist, man geht zu dem anderen Patienten, man hilft natürlich, die Anästhesisten sind unterwegs, sind aber noch nicht da, also stabile Seitenlage und so weiter, alles was dazugehört in solch einem Fall. Auf einmal merken Sie, Sie haben ja noch die Handschuhe an. Im ersten Moment fällt es einem nicht auf, denn es ist ja richtig, an den Patienten mit Handschuhen heranzugehen, aber man hat noch die alten an und hat vergessen, sie auszuziehen.

Das, was ich Ihnen hier geschildert habe, ist ein einfacher Bericht dazu, wie es tausend Mal in Deutschland und überall passieren kann. Man kann einfach sagen, wenn Sie 26 Patientinnen und Patienten mit einem Altersdurchschnitt von 70 Jahren auf einer Station haben, und Sie haben nur zwei Personen, um

sie zu betreuen, und Sie haben dann noch infizierte Patientinnen und Patienten – um wirklich einmal ein extremes Beispiel zu nehmen –, dann kann es mit der Hygiene möglicherweise sehr brenzlig werden.

Möglicherweise! Ich habe nicht gesagt, dass es passiert oder passieren muss – in den meisten Fällen passiert es natürlich nicht, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken in der Tat ihr Bestes geben, damit so etwas nicht passiert –, aber es kann passieren. Es kann auch passieren, wenn man mehr Personal hat, das ist richtig, aber die Wahrscheinlichkeit, wenn Sie meinetwegen noch zu dritt in der Schicht sind, ist wesentlich geringer. Das ist der Zustand!

Aufgrund dieser Schilderung, die ich Ihnen soeben gegeben habe, fragen wir als Linke: Warum soll man nicht auch nach so einem Zusammenhang in einem Untersuchungsausschuss fragen?

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht alles darin!)

Deshalb haben wir dazu einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie haben gestern gesagt, Sie wollten es so nicht hineinhaben, also mussten wir es heute noch einmal erklären. Entschuldigen Sie, Herr Röwekamp, man kann auch Folgendes nicht vom Tisch wischen: Es ist doch völlig klar, dass wir doch auch bei der Frühchensituation Hinweise haben. Wir haben einen Herrn Dr. Zastrow, den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Hygienekommission, Sie erinnern sich? Er hat doch deutlich gesagt, für ihn sei klar, wenn eine Person auf der Neonatologie mehr als zwei Frühchen betreuen müsse, dann werde es mit der Hygiene möglicherweise brenzlig, und dann müsse man schauen. Ich weiß es nur aus der Zeitung, deshalb weiß ich nicht die Lösung, Herr Dr. Güldner. Ich weiß nur aus der Zeitung, dass gesagt wird, in der Neonatologie hätten sie eine durchschnittliche Belegung von zehn Frühchen pro Tag und zehn Schwestern über 24 Stunden gehabt. Dann können Sie ausrechnen, wie die Besetzung ist: Eine Möglichkeit ist eine Besetzung mit vier beziehungsweise jeweils drei Beschäftigten in den verschiedenen Schichten. Wenn Sie dann zehn durch vier teilen, dann betreut eine Schwester oder ein Pfleger 2,5 Frühchen.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Gegenstand steht darin, das ist das Problem!)

Wenn Sie in der Spätschicht und in der Nachtschicht nur zu dritt sind, dann sind es 3,3 Frühchen pro Beschäftigten. Genau dort, hat Herr Dr. Zastrow, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Hygieneinstituts, gesagt, müsse man aufpassen und hinschauen. Das ist unser Ansatz als LINKE, wir sagen, da muss man hinschauen!

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht alles schon im Antrag!)

(C)

(D)

(A) Ich finde nicht, dass es so darin steht, aber dazu wird meine Kollegin gleich noch einmal etwas sagen!

Aus dem Grund werbe ich noch einmal bei der SPD, bei den Grünen und auch bei der CDU. Ich finde, wir verschenken keine Zeit, wenn wir solch einen Zusammenhang auch noch einmal deutlich nachfragen. Es ist kein Vorurteil der LINKEN, das damit irgendwie bedient werden soll, sondern es ist eine fachlich inhaltlich wichtige Frage. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abg. **Timke** (BIW *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider stehen mir ja als Einzelabgeordnetem nach der Geschäftsordnung auch bei diesem wichtigen Thema nur fünf Minuten zu, sodass ich mich auf das Wesentliche beschränken muss.

Dieses Parlament wird heute vermutlich einstimmig den Beschluss fassen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, der die tragischen Vorfälle am Klinikum Bremen-Mitte lückenlos aufklären soll. Bis heute – das wurde ja schon gesagt – sind an diesem Klinikum 23 Säuglinge mit einem gefährlichen Darmkeim infiziert. Mindestens neun von ihnen sind erkrankt, drei Frühgeburten sind leider an den Folgen der Infektion gestorben.

(B) Lassen Sie mich gleich am Anfang meines Redebeitrags deutlich sagen, dass ich sehr froh darüber bin, dass ab heute nicht mehr das Gesundheitsressort, sondern das Parlament das Heft des Handelns in die Hand nimmt und die Umstände, die zu diesen tragischen Vorfällen führten, lückenlos untersuchen wird!

Solche traurigen Ereignisse, wie wir sie im Klinikum Bremen-Mitte vorfinden mussten, kann man weder behördenintern noch in Deputationssitzungen aufarbeiten. Dafür ist tatsächlich die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vonnöten. Erschwerend kommt hinzu, dass man in den letzten zwei Wochen schon den Eindruck gewinnen konnte, dass die Fachabteilung Gesundheit des zuständigen Ressorts mit dem Krisenmanagement überfordert war, und auch die fragwürdige Beschwerde des Staatsrats Dr. Schuster über die Bremer Staatsanwaltschaft zeigt eigentlich deutlich, wie blank die Nerven in der Behörde liegen müssen.

Vieles, was in den letzten zwei Wochen im Zusammenhang mit den Vorfällen im Klinikum Bremen-Mitte an die Öffentlichkeit gedrungen ist – und sei es nun wahr oder unwahr –, hat uns alle tief betroffen gemacht und Fragen aufgeworfen, die es dringend zu klären gilt. Untersucht werden muss beispielsweise, warum denn die Meldewege zwischen dem Klinikum, dem Gesundheitsamt, der senatorischen

*) Vom Redner nicht überprüft.

Behörde und dem Robert Koch-Institut nicht funktioniert haben. Wann hat wer welche Informationen erhalten, und wie ist man mit diesen Informationen auch letztlich umgegangen? Mittlerweile ist ja bekannt, dass Frühgeburten nicht erst seit Juli dieses Jahres infiziert worden sind, sondern die ersten Fälle bereits im April aufgetreten sind. Warum ist das nicht weitergemeldet worden?

Zu klären gilt es auch, ob das Klinikum gegen die Krankenhaushygieneverordnung des Landes Bremen und die Richtlinien des Robert Koch-Instituts verstoßen hat, so wie dies von einem Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene behauptet wurde. Warum wurde für ein Klinikum wie das Klinikum Bremen-Mitte, das mit 966 Betten ausgestattet ist, kein hauptamtlicher Krankenhaushygieniker eingestellt, obwohl das bei dieser Bettenzahl sicherlich angebracht wäre? Zumindest weist ja die Krankenhaushygieneverordnung darauf hin, dass Krankenhäuser mit mehr als 800 Betten die Notwendigkeit der Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle zu prüfen haben.

Darüber hinaus muss geklärt werden, ob der Beauftragte und für mehrere Kliniken zuständige Krankenhaushygieniker überhaupt über die geforderte Qualifikation verfügte, um seine Arbeit auch gefahrenfrei für die Patientinnen und Patienten ausführen zu können. Was wurde konkret unternommen, um eine Ausbreitung des Keims zu verhindern? Gab es vielleicht auch Personalengpässe auf der Säuglingsstation, durch die eine Ausbreitung des gefährlichen Keims begünstigt wurde? Diese und weitere Fragen gilt es im Untersuchungsausschuss zu klären.

Unser aller Mitgefühl gilt auch in diesen Stunden den Hinterbliebenen der verstorbenen Babys, deren Verlust niemand ersetzen kann. Außerdem hoffen wir, dass die noch infizierten beziehungsweise erkrankten Säuglinge möglichst rasch und vollständig genesen. Wir sind es den Betroffenen und ihren Angehörigen schuldig, die Vorfälle im Klinikum Bremen-Mitte lückenlos aufzuklären. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es zu den Infektionen kommen konnte und wer dafür letztendlich die Verantwortung trägt.

Mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses kommt das Parlament dem Anspruch nach Aufklärung der Vorfälle in angemessener Form nach. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vielleicht zu Ihnen, Herr Erlanson, nur ganz kurz sagen, dass ich es ein bisschen schade finde, dass Sie hier den Eindruck vermitteln, als ob das, was Sie soeben in der Aufklärungsarbeit noch

(C)

(D)

- (A) für notwendig erachtet haben, nicht Gegenstand unseres gemeinsamen interfraktionellen Antrags sei. Das Gegenteil ist der Fall!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sowohl die Frage der Überwachung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsvorschriften sind ausführlich in dem Antrag genannt wie auch gerade die Frage der personellen Ausstattung und Ressourcensteuerung. Es ist alles ausdrücklich dort erwähnt. Wogegen ich mich nur wehre, ist der nach außen vermittelte Eindruck, man wisse schon jetzt, dass sozusagen das, was wir als Vorfall untersuchen wollen, durch das Zurverfügungstellen von mehr Geld und mehr Personal vermeidbar gewesen wäre. Eine solch einfache Antwort auf den bisher bekannten komplizierten Sachverhalt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der LINKEN, gibt es gerade nicht. Deswegen werden wir Ihren Änderungsantrag auch ablehnen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Herr Dr. Güldner, weil Sie es in Ihrer charmanten Art wiederholt haben, sozusagen Lob und Tadel über die jeweiligen Debattenredner auszuteilen, muss ich an dieser Stelle noch einmal sagen, es ist auch falsch, so zu tun, als ob es bisher noch gar keine Erkenntnisse gäbe. Sie haben es ja in dem vorletzten Punkt Ihrer Rede ausdrücklich gesagt. Irgendetwas muss ja passiert sein, dass den Geschäftsführer der GeNo mit Billigung der dem Aufsichtsrat vorsitzenden zuständigen Senatorin dazu veranlasst hat, einen Chefarzt nicht nur von der Aufgabe der Hygieneverantwortung zu entbinden, ihn nicht nur von seiner Tätigkeit im Klinikum freizustellen, sondern ihn sofort fristlos zu entlassen. In den Presseberichten – und nur aus denen erfahren wir Abgeordneten das ja bisher – sagt Herr Dr. Hansen zur Begründung, es habe Fehlverhalten gegeben, dessen Einstellung sei mit den Qualitätsstandards unseres Klinikverbunds nicht vereinbar, und die bisherige Analyse habe ergeben, dass es schwerwiegende Mängel und Fehler gibt.

Davor kann doch auch die Fraktion der Grünen nicht die Augen verschließen und so tun, als wären wir jetzt am Anfang einer Debatte. Wir setzen den Untersuchungsausschuss deswegen ein, weil wir mitten in einer Debatte darüber sind, welches Fehlverhalten zu welchen Folgen an diesem Klinikum geführt hat. Deswegen sage ich, ist es die Verantwortung von Abgeordneten – im Übrigen auch der grünen Fraktion –, die bisherigen Maßnahmen schon einmal einer Bewertung zu unterziehen, Herr Dr. Güldner.

Das bisherige Verhalten der Senatorin im Umgang mit der Staatsanwaltschaft, dem Robert Koch-Institut,

auch im Umgang mit der Transparenz mit möglichen Entscheidungsgründen für die Kündigung haben Sie mit keinem Wort erwähnt. Ich hätte erwartet, dass Sie das Krisenmanagement der Senatorin auch einer kritischen Betrachtung unterziehen, weil ich ausdrücklich sage, wenn ich ein völliges und uneingeschränktes Vertrauen in die uneingeschränkte und unpolitische Aufklärungsbereitschaft dieser senatorischen Dienststelle und ihrer Senatorin hätte, dann würden wir heute vielleicht gar nicht über einen Untersuchungsausschuss sprechen. Weil aber das Verfahren und das Verhalten dieser Senatorin zu so viel kritischen Fragen in den letzten Wochen und Tagen Anlass gegeben hat, deswegen ist aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion eine Aufklärung des gesamten Sachverhalts zwingend erforderlich, Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU)

Bedauerlicherweise haben Sie ja nichts dazu gesagt. Ich weiß nicht, ob Sie es gut finden, dass Herr Staatsrat Dr. Schuster sich bei seinem Kollegen darüber beschwert, dass ein Staatsanwalt angeblich ein Fehlverhalten begangen habe. Ich habe kein Fehlverhalten erkennen können. Ich weiß nicht, ob Sie es gut finden, dass die Senatorin sich über den „Weser-Kurier“ darüber streitet, ob das Robert Koch-Institut nun beim Empfang im Klinikum Bremen-Mitte gesagt hat, das sieht ja alles ganz gut aus hier, oder ob es dies nicht gesagt hat. Ich finde, das ist schon eine Frage, die heute auch einer politischen Bewertung bedarf, und die hätte ich mir von Ihnen – obwohl Sie auch eine Koalitionsfraktion sind – auch sehr gewünscht, statt eines blinden Gehorsams gegenüber der Senatorin, um das an dieser Stelle deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich noch einmal zusammenfassen, was in dem Antrag zum Untersuchungsausschuss steht, und damit den Eindruck widerlegen, den Sie vermittelt haben, uns ginge es gar nicht mehr um die Aufklärung der Sachverhalte. Doch, es geht uns um die Aufklärung der Sachverhalte! Wenn es geht, möchte ich wissen, wie dieser Keim gerade auf diese Station gelangen konnte. Natürlich möchten wir auch gern wissen, wann man das hätte erkennen können und ab welcher Häufung oder Nachhaltigkeit eingeschritten worden wäre. Natürlich möchten wir auch wissen, ob das wirklich nur in der Verantwortung und Zuständigkeit eines einzelnen Chefarztes liegt, weil ich Ihnen, Herr Dr. Güldner, auch ausdrücklich sage: Selbst wenn es so wäre, möchte ich kein System eines Klinikums der öffentlichen Daseinsvorsorge, in dem die Frage, ob ein Keim sich über Monate und Wochen auf einer Station hält, ausschließlich und allein von dem Wissen nur einer Person abhängig ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das den Regeln

(C)

(D)

- (A) entspricht. Deswegen kann es auch nicht sein, dass hier nur einer einen Fehler gemacht hat.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat nie einer behauptet!)

Es muss in einem System, das ich für richtig halte, so sein, dass so etwas, selbst wenn es in der Verantwortung eines Einzelnen liegt, nicht stattfinden darf. Das ist ein Indiz für eine fehlerhafte Kontrolle und Qualitätssicherung,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: In jedem Krankenhaus, das gilt für jedes Krankenhaus!)

und auch das muss Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses sein.

Deswegen will ich ausdrücklich sagen, dass wir am Beginn der Untersuchung stehen, was uns allerdings nicht davon abhält, die politische Bewertung über das, was sich bisher ereignet hat, auch unverändert vorzunehmen. Ich bleibe dabei, ich finde, die zuständige Senatorin hat in den letzten Tagen keine gute Rolle in der Kommunikation und im Übrigen auch nicht die notwendige Verantwortungsbereitschaft für Fehler und Konsequenzen an den Tag gelegt. – Vielen Dank!

- (B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernhard.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf den Untersuchungsausschuss und auf den Gegenstand, weswegen wir uns hier versammelt haben, präzise zurückkommen. Es ist ja letztendlich so, dass es uns daran gelegen sein sollte – und ich finde es gut, dass wir das im relativen Konsens hinbekommen haben –, dass es hier nicht um Profilierung und Instrumentalisierung gehen sollte.

Ich fand sehr spannend, was Herr Dr. Güldner ausgeführt hat. Ich finde diese Argumentationslinie eigentlich sehr nachvollziehbar. Ich finde es auch völlig richtig zu sagen, wir haben hier nicht nur die fachliche medizinische Sichtweise, also eine schwierige Situation, sondern selbstverständlich haben wir jetzt auch eine anormale Situation, denn obwohl es sehr schwierig ist – und wir wissen, dass es eine belastete Situation ist –, ist natürlich klar, dass solche Vorkommnisse, die in den letzten Wochen und Monaten hier ans Licht gekommen sind, nicht passieren dürfen. Daran kann ja überhaupt kein Zweifel bestehen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Was ich an der Argumentation, die dann folgte, sehr spannend finde, ist das Spannungsverhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Effizienz. Ich meine, das ist ja eine Auseinandersetzung, die uns schon sehr lange begleitet. Mich hat sie sehr an die Mitte der Neunzigerjahre erinnert, als es mit der Nachhaltigkeit – wir hatten damals, 1992, in Rio de Janeiro die erste Umweltkonferenz, UNCED – richtig voranging. Der Vorgänger von Senator Dr. Lohse, Herr Dr. Loske, war damals stark involviert, denn das war ja das grüne Thema schlechthin. Die Auseinandersetzung wird immer darin bestehen, dass die Wirtschaftlichkeit gegenüber der Nachhaltigkeit in einem, sagen wir einmal, sehr konfliktreichen Verhältnis steht. Wir müssen ganz ehrlich sagen: Es geht ja hier auch um Geld, es geht um Ressourcen! Diese Auseinandersetzung, gesundheitliche Belange und Ökonomie, ist ja nicht unbedingt deckungsgleich. Genau das Problem haben wir doch!

Deswegen ist es uns wichtig, dass dieser Aspekt eine große Rolle spielt. Wir können ja letztendlich Effizienzgedanken, die praktisch tatsächlich nur nach Wirtschaftlichkeit funktionieren, niemals mit dem in Deckung bringen, was der menschliche und ökologische Faktor ist. Das halte ich für ein Kernproblem der gesamten Angelegenheit, und dem sollten wir uns doch auch offen stellen. Es geht hier nicht um ein Präjudiz in dem Sinne, dass wir sagen, wir wissen doch jetzt schon, was alles herauskommt. Ich komme aber – da ich neu im Parlament bin, es auch mein erster Untersuchungsausschuss ist und ich mir die beiden letzten auch angeschaut habe – zu dem Schluss, dass dort zu diesen Fragen sehr viel offensiver formuliert wurde, was wir als Untersuchungsgegenstand definiert haben wollten. Das gibt mir doch zu denken: Warum ist das dieses Mal anders? Um nichts anderes geht es uns.

Ich muss doch einmal drei Fragen stellen können, die bislang aus unserer Sicht nicht präzise genug gestellt worden sind. Ist hier in irgendeiner Weise aus betriebswirtschaftlichem Kalkül heraus etwas nicht weitergegeben worden, was hätte weitergegeben werden müssen – das ist doch eine ganz normale Frage, die man beantwortet haben möchte! –, oder ist längere Zeit etwas nicht bemerkt worden, weil es eine zugespitzte Personalsituation gibt? Wir haben es mit Arbeitsverdichtung und Personalmangel zu tun. Ich kenne doch auch die langen Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten. Das kann man doch überall nachlesen. Es gab sogar subversive Flugblätter auf dem Klinikgelände im Frühjahr. Es ist doch nicht so, dass dieses Problem nicht existiert. Wir sind aktuell der Meinung, dass dies hier zu wenig formuliert wurde und nicht ausreichend in den Untersuchungsgegenstand mit aufgenommen wurde.

Die ökonomische Steuerung ist womöglich im Zusammenhang mit der medizinischen Steuerung zu prioritär. Ist die medizinische Steuerung unab-

(C)

(D)

(A) hängig genug? Wie funktioniert dieses Verhältnis? Das sind doch Fragen, die uns interessieren, und deswegen sind wir der Meinung, dass das hier auch mit aufgenommen werden muss.

Dieser Änderungsantrag ergibt ja Sinn. Wir sind davon ausgegangen, dass wir gemeinsam parlamentarisch daran arbeiten, hier Aufklärung zu schaffen. Das ist, finde ich, auch nach wie vor das höchste Ziel, und ich hoffe, dass wir das schaffen. Bislang habe ich jedenfalls einen sehr guten Eindruck, dass wir das auch schaffen. Mir geht es nicht um die politischen Schirmmützel, die sich jetzt schon darum ranken, wer wem wann wie noch etwas unterstellen kann. Das kann nicht unser Interesse sein.

(Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind es den Frauen, Familien und Eltern schuldig, hier anders heranzugehen. Dafür ist das ein wichtiger Punkt. Ich meine, der Wirtschaftsdruck durchzieht doch jegliches Problem in dieser Stadt. Warum soll er denn plötzlich um das Klinikum herum einen Bogen machen? Das ist doch Unsinn. Davor brauchen wir uns doch auch nicht fürchten, dem muss man offen entgegensehen. Gerade bezüglich des Untersuchungsausschusses „Kindeswohl“ ist das auch geschehen, und ich finde es richtig. Und ich finde ich es auch hier richtig, denn wir müssen nachher den Menschen sagen können, daran hat es gelegen, und in Zukunft wird es nicht mehr passieren, weil wir in allen Bereichen und auf allen Ebenen hingeschaut haben und es ändern werden. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre schon ziemlich fatal, glaube ich, wenn wir das jetzt hier so stehen lassen würden, weil zwar auch die Kolleginnen und Kollegen der Medien und die Gäste hier im Hause die Beratungsunterlagen einsehen können, aber draußen die Menschen in Bremen es nicht können. Wenn es jetzt so stehen bleiben würde, dass diese komplexen wirtschaftlichen Aspekte, Personalausstattungen et cetera in unserem gemeinsamen Antrag nun keine Rolle mehr spielen würden und durch einen Änderungsantrag der LINKEN hier hineingebracht werden müssten, fände ich das schon fatal. Deswegen möchte ich einfach noch einmal aus dem Antrag, der hier heute verabschiedet wird, ein paar Punkte zitieren, und ich glaube, dass all die Fragen, die Sie hier berechtigterweise

*) Vom Redner nicht überprüft.

stellen, in diesem Einsetzungsbeschluss wunderbar untergebracht sind.

(C)

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Im Übrigen – Sie sind ja Mitglied dieses Untersuchungsausschusses, das wird zu Ihrer täglichen Arbeit gehören – werden in den Beweisbeschlüssen, die dieser Untersuchungsausschuss fasst, dann konkret diese Punkte aufgeführt, zu denen Sie dann Akten heranziehen und die Zeugen befragen.

In dem gemeinsamen Antrag, den Sie, wie ich es richtig verstanden habe, mit unterschrieben habe, das finde ich ja auch gut, sind mehrere Punkte aufgeführt, unter anderem, ich darf zitieren: „Auswirkungen des Zentrenkonzepts der Gesundheit Nord im Bereich der Neonatologie unter Einbeziehung von Krankenhausentwicklungskonzepten anderer vergleichbarer Großstädte“ oder „Personelle Ausstattung“, das ist doch Ihr Punkt, „und Qualifikation in den Bereichen Krankenhaushygiene und Neonatologie im Klinikverbund Gesundheit Nord, Auswirkungen der Zusammenführung der Neonatologie von den Kliniken Links der Weser und Bremen-Nord am Klinikum Bremen-Mitte und im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung insgesamt“ und so weiter.

Ich gebe Herrn Röwekamp vollständig recht, es ist alles aufgenommen. Das sind die großen Felder, die man in einem Einsetzungsbeschluss beschreibt, und dann hat der Untersuchungsausschuss den Auftrag, dies mit seinen Beweisbeschlüssen zu konkretisieren. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass diese Fragen, die ja mit Sicherheit in der Ausschussarbeit eine große Rolle spielen werden, hier nicht an prominenter Stelle vorkommen. Insofern haben Sie zwar diesen Änderungsantrag gestellt, den werden wir aber, das kann ich für die Fraktion der Grünen sagen, ablehnen. Dass wir, das ganze Haus, dann aber am Ende gemeinsam diesen Antrag beschließen, halte ich für einen sehr guten Schritt. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie sich dazu dann bereit finden.

(D)

Zu dem Punkt – und dort haben wir wirklich eine andere Auffassung, Herr Röwekamp –, dass Sie jetzt bereits versuchen, was aus Ihrer Sicht legitim ist, aus einigen Vorgängen ein mangelndes Informationsverhalten oder überhaupt schon grobes Fehlverhalten der Senatorin zu erkennen und hier im Parlament auch schon anzuprangern: Ich halte es aber für ein absolutes Randproblem, ob nun ein Mitarbeiter der Behörde und das Robert Koch-Institut über genau einen Wortlaut streiten, eine Formulierung, den das Robert Koch-Institut vielleicht so oder anders benutzt hat. Ob es glücklich ist, darüber öffentlich zu streiten, mag man dahingestellt sein lassen.

Unser Eindruck aber ist, und ich fand das auch sehr bemerkenswert, dass die Senatorin im unmittelbaren Anschluss, als sie letzte Woche die Fraktionsvorsitzenden der Koalition über die Entwicklungen informiert

(A) hat, die gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen, also auch von Ihnen und der LINKEN, sofort rückhaltlos über die Umstände aufgeklärt hat, dass sie wirklich bereit war, ihre Informationen unmittelbar auch der Opposition zugutekommen zu lassen. Ich kann mich über diese Informationspolitik im Moment nicht beschweren, deswegen sehe ich diesen Punkt anders als Sie, und wir kommen zu einer anderen Bewertung. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 18/133 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/133 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU, des Abgeordneten Timke, der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, des Abgeordneten Timke, der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/132 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Der soeben angenommene Antrag sieht vor, dass der Untersuchungsausschuss aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern bestehen soll.

Die Wahlvorschläge dazu liegen Ihnen schriftlich vor.

Wir kommen zur Wahl.

(C)

Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Gemäß Paragraph 3 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen bestimmt die Bürgerschaft den Vorsitzenden beziehungsweise die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses sowie den Stellvertreter beziehungsweise die Stellvertreterin. Beide müssen verschiedenen Fraktionen angehören.

Die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Frau Grotheer für die Wahl zur Vorsitzenden vorgeschlagen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Abgeordneten Fecker als stellvertretenden Vorsitzenden.

Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD abstimmen.

Wer die Abgeordnete Frau Grotheer zur Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Frau Grotheer zur Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer den Abgeordneten Fecker zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Fecker zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(Einstimmig)

Ich bitte nun die Abgeordnete Frau Grotheer, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer Tagesordnung gekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 11.31 Uhr)